



Seiner Exzellenz
dem Präsidenten des Parlaments
der Hellenischen Republik
Herrn Evangelos Meimarakis
10021 ATHEN
GRIECHENLAND

Berlin, *21. März 2014*
Geschäftszeichen: PE 2 - 5202

Prof. Dr. Norbert Lammert, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-72901
Fax: +49 30 227-70945
praesident@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Präsident,

für Ihre Initiative, die Arbeiten an der Geschäftsordnung für die interparlamentarische Konferenz gemäß Artikel 13 des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) zu strukturieren, bedanke ich mich. Ich bin sehr zuversichtlich, dass dadurch die auf dem ersten Treffen in Vilnius am 16./17. Oktober 2013 verabredete Arbeitsgruppe von Vertretern aller nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments bald nach den Europawahlen im Mai ihre Tätigkeit aufnehmen und die Geschäftsordnung der Artikel-13-Konferenz unter italienischem Vorsitz in der zweiten Jahreshälfte 2014 beschlossen werden kann. Diesem Schreiben beigelegt finden Sie bitte die deutschen Änderungsanträge.

Als Teilnehmer der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union am 23. April 2013 in Nikosia möchte ich darauf hinweisen, dass der vorgelegte Entwurf einer Geschäftsordnung den dort getroffenen Vereinbarungen zumindest in einem wesentlichen Punkt nicht entspricht. So sind wir in Nikosia ausdrücklich davon ausgegangen, dass die Konferenz ein reines Beratungsgremium sein sollte, das allein dem interparlamentarischen Austausch von Einschätzungen, Erfahrungen und Absichten auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik dient. Hätte in diesem Punkt keine Einigkeit bestanden, hätte gewiss auch der nach schwierigen Verhandlungen gefundene Konsens etwa über die Delegationsgrößen und die Ausrichtung der Konferenz nicht herbeigeführt werden können.

Mit dieser Grundvoraussetzung ist die in dem Entwurf der Geschäftsordnung vorgesehene Möglichkeit, Schlussfolge-



rungen gegebenenfalls auch durch qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse zu treffen, nicht vereinbar. Auch vor dem Hintergrund mir bislang bekannter Änderungsanträge für die Geschäftsordnung der Artikel-13-Konferenz sehe ich mit Sorge, dass der in Nikosia mit Mühe gefundene Kompromiss in Frage gestellt werden könnte.

Ferner will ich einen weiteren Punkt ansprechen, der mir persönlich und sämtlichen Mitgliedern der Delegation des Deutschen Bundestages, insbesondere unter dem Eindruck unserer Teilnahme an dem zweiten Treffen in Brüssel am 20./21. Januar 2014, am Herzen liegt: die bessere Sichtbarkeit der Artikel-13-Konferenz und Abgrenzung von der Europäischen Parlamentarischen Woche des Europäischen Parlaments. Es sollte im Rahmen der Tätigkeit der Arbeitsgruppe überlegt werden, wie beide Veranstaltungen besser voneinander unterscheidbar werden können und jede für sich die ihr gebührende Aufmerksamkeit bekommen kann.

Hinsichtlich der thematischen Zuständigkeit der Konferenz will ich schließlich daran erinnern, dass in Vilnius einvernehmlich festgehalten wurde, dass sich die Treffen mit der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung befassen sollen, wie dies auch im Fiskalvertrag angelegt ist. Aus Sicht des Deutschen Bundestages wäre es jedenfalls nicht nachvollziehbar, wenn im Rahmen der Artikel-13-Konferenz nur Fragen der wirtschaftspolitischen Koordinierung behandelt würden.

Ich hoffe sehr, dass wir auf der Grundlage Ihrer Initiative und der in Nikosia getroffenen Vereinbarungen in Rom zu einer einvernehmlichen Verabschiedung der Geschäftsordnung der Artikel-13-Konferenz kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Norbert Lammert

Courtesy Translation

His Excellency
Mr Evangelos Meimarakis
Speaker of the Hellenic Parliament
10021 ATHENS
GREECE

Rules of procedure of the Conference under Article 13 of the Fiscal Compact

Dear Mr Speaker,

Thank you for your initiative to structure the work on the rules of procedure for the Interparliamentary Conference under Article 13 of the Treaty on Stability, Coordination and Governance in the Economic and Monetary Union (Fiscal Compact). I am very confident that this will enable the working group consisting of representatives of all national Parliaments and the European Parliament, agreed at the first meeting in Vilnius on 16-17 October 2013, to take up its work quickly after the European elections in May, and will allow the rules of procedure for the Conference to be adopted during the Italian Presidency in the second half of 2014. Please find the German amendments enclosed with this letter.

As I attended the Conference of Speakers of European Union Parliaments held in Nicosia on 23 April 2013, I would like to point out that the draft rules of procedure proposed do not conform with the agreements reached at the Conference in at least one significant respect. In Nicosia, our clear starting point was that the Conference should be a purely advisory body which serves solely as a forum for an interparliamentary exchange of views, experience and intent in the field of economic and financial policy. Had there been no agreement on this point, it would, in all probability, have been impossible to reach a consensus, after difficult negotiations, on issues such as delegation size and the focus of the Conference.

The option of adopting Conclusions if necessary by qualified majority voting, as envisaged in the draft rules of procedure, is not compatible with this fundamental position. I am concerned, in part as a result of the proposed amendments to the rules of procedure which I have seen so far, that the compromise we reached with some difficulty in Nicosia could be called into question.

I would also like to raise another matter which is of great importance to me personally and to all members of the German Bundestag's delegation, particularly after attending the second meeting in Brussels on 20-21 January: enhancing the visibility of the Conference and ensuring that there is a clearer separation between it and the European Parliamentary Week organised by the European Parliament. The working group should consider how these two events can be made more clearly distinguishable from each other, and how to ensure that each receives the attention it deserves.

Finally, with regard to the subjects to be dealt with by the Conference, I wish to reiterate that it was decided by consensus in Vilnius that the meetings should deal with economic and financial policy coordination, as envisaged by the Fiscal Compact. In the German Bundestag's opinion, it would not make sense for the Conference under Article 13 to deal solely with issues relating to the coordination of economic policies.

I very much hope that, on the basis of your initiative and the agreements reached in Nicosia, it will be possible for us to adopt rules of procedure for the Conference by consensus in Rome.

Yours sincerely,

Sgd. Professor Norbert Lammert
President of the German Bundestag



Ihrer Exzellenz
der Präsidentin des Abgeordnetenhauses der
Italienischen Republik
Frau Laura Boldrini
Palazzo Montecitorio
00186 ROM
ITALIEN

Berlin, *21. März 2014*
Geschäftszeichen: PE 2 - 5202

Prof. Dr. Norbert Lammert, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-72901
Fax: +49 30 227-70945
praesident@bundestag.de

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

sicherlich haben Sie auch das Schreiben des griechischen Parlamentspräsidenten Evangelos Meimarakis erhalten, mit dem er die Initiative ergreift, die Arbeiten an der Geschäftsordnung für die interparlamentarische Konferenz gemäß Artikel 13 des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) zu strukturieren. Ich bin sehr zuversichtlich, dass dadurch die auf dem ersten Treffen in Vilnius am 16./17. Oktober 2013 verabredete Arbeitsgruppe von Vertretern aller nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments bald nach den Europawahlen im Mai ihre Tätigkeit aufnehmen und die Geschäftsordnung der Artikel-13-Konferenz unter italienischem Vorsitz in der zweiten Jahreshälfte 2014 beschlossen werden kann. Als dann gastgebendes Parlament sende ich Ihnen die deutschen Änderungsanträge zur Kenntnisnahme.

Als Teilnehmer der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union am 23. April 2013 in Nikosia möchte ich darauf hinweisen, dass der vorgelegte Entwurf einer Geschäftsordnung den dort getroffenen Vereinbarungen zumindest in einem wesentlichen Punkt nicht entspricht. So sind wir in Nikosia ausdrücklich davon ausgegangen, dass die Konferenz ein reines Beratungsgremium sein sollte, das allein dem interparlamentarischen Austausch von Einschätzungen, Erfahrungen und Absichten auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik dient. Hätte in diesem Punkt keine Einigkeit bestanden, hätte gewiss auch der nach schwierigen Verhandlungen gefundene Konsens etwa über die Delegationsgrößen



und die Ausrichtung der Konferenz nicht herbeigeführt werden können.

Mit dieser Grundvoraussetzung ist die in dem Entwurf der Geschäftsordnung vorgesehene Möglichkeit, Schlussfolgerungen gegebenenfalls auch durch qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse zu treffen, nicht vereinbar. Auch vor dem Hintergrund mir bislang bekannter Änderungsanträge für die Geschäftsordnung der Artikel-13-Konferenz sehe ich mit Sorge, dass der in Nikosia mit Mühe gefundene Kompromiss in Frage gestellt werden könnte.

Ferner will ich einen weiteren Punkt ansprechen, der mir persönlich und sämtlichen Mitgliedern der Delegation des Deutschen Bundestages, insbesondere unter dem Eindruck unserer Teilnahme an dem zweiten Treffen in Brüssel am 20./21. Januar 2014, am Herzen liegt: die bessere Sichtbarkeit der Artikel-13-Konferenz und Abgrenzung von der Europäischen Parlamentarischen Woche des Europäischen Parlaments. Es sollte im Rahmen der Tätigkeit der Arbeitsgruppe überlegt werden, wie beide Veranstaltungen besser voneinander unterscheidbar werden können und jede für sich die ihr gebührende Aufmerksamkeit bekommen kann.

Hinsichtlich der thematischen Zuständigkeit der Konferenz will ich schließlich nur daran erinnern, dass in Vilnius einvernehmlich festgehalten wurde, dass sich die Treffen mit der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung befassen sollen, wie dies auch im Fiskalvertrag angelegt ist. Aus Sicht des Deutschen Bundestages wäre es jedenfalls nicht nachvollziehbar, wenn im Rahmen der Artikel-13-Konferenz nur Fragen der wirtschaftspolitischen Koordinierung behandelt würden.

Ich hoffe sehr, dass wir auf der Grundlage der griechischen Initiative und der in Nikosia getroffenen Vereinbarungen in Rom zu einer einvernehmlichen Verabschiedung der Geschäftsordnung der Artikel-13-Konferenz kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Norbert Lammert

Courtesy Translation

Her Excellency
Laura Boldrini
President of the Chamber of Deputies
of the Italian Republic
Palazzo Montecitorio
00186 ROME
ITALY

Dear Madam President,

I am sure that you have also received a letter from Evangelos Meimarakis, the Speaker of the Greek Parliament, in which he has taken the initiative in structuring the work on the rules of procedure for the Interparliamentary Conference under Article 13 of the Treaty on Stability, Coordination and Governance in the Economic and Monetary Union (Fiscal Compact). I am very confident that this will enable the working group consisting of representatives of all national Parliaments and the European Parliament, agreed at the first meeting in Vilnius on 16-17 October 2013, to take up its work quickly after the European elections in May, and will allow the rules of procedure for the Conference to be adopted during the Italian Presidency in the second half of 2014. Since your Parliament will be hosting that meeting, I am sending you the German amendments for your information.

As I attended the Conference of Speakers of European Union Parliaments held in Nicosia on 23 April 2013, I would like to point out that the draft rules of procedure proposed do not conform with the agreements reached at the Conference in at least one significant respect. In Nicosia, our clear starting point was that the Conference should be a purely advisory body which serves solely as a forum for an interparliamentary exchange of views, experience and intent in the field of economic and financial policy. Had there been no agreement on this point, it would, in all probability, have been impossible to reach a consensus, after difficult negotiations, on issues such as delegation size and the focus of the Conference.

The option of adopting Conclusions if necessary by qualified majority voting, as envisaged in the draft rules of procedure, is not compatible with this fundamental position. I am concerned, in part as a result of the proposed amendments to the rules of procedure which I have seen so far, that the compromise we reached with some difficulty in Nicosia could be called into question.

I would also like to raise another matter which is of great importance to me personally and to all members of the German Bundestag's delegation, particularly after attending the second meeting in Brussels on 20-21 January: enhancing the visibility of the Conference and ensuring that there is a clearer separation between it and the European Parliamentary Week organised by the European Parliament. The working group should consider how these two events can be made more clearly distinguishable from each other, and how to ensure that each receives the attention it deserves.

Finally, with regard to the subjects to be dealt with by the Conference, I wish to reiterate that it was decided by consensus in Vilnius that the meetings should deal with economic and financial policy coordination, as envisaged by the Fiscal Compact. In the German

Bundestag's opinion, it would not make sense for the Conference under Article 13 to deal solely with issues relating to the coordination of economic policies.

I very much hope that, on the basis of the Greek initiative and the agreements reached in Nicosia, it will be possible for us to adopt rules of procedure for the Conference by consensus in Rome.

Yours sincerely,

Sgd. Professor Norbert Lammert
President of the German Bundestag



**Geschäftsordnung der Interparlamentarischen Konferenz
für die wirtschaftliche und finanzielle Steuerung der Europäischen Union***

Änderungsanträge der deutschen Delegation

Stand: 25. März 2014

**Rules of Procedure of the Interparliamentary Conference
on Economic and Financial Governance of the European Union***

Amendments of the German Delegation

as of 25th March 2014

* in der von der litauischen Präsidentschaft für die erste Konferenz in Vilnius am 16./17. Oktober 2013 vorgelegten Entwurfsfassung / Draft submitted by Lithuanian Presidency to the first conference on 16/17 October 2013

Änderungsantrag Nr. 1:

Der Titel der Konferenz soll unverändert bleiben. Änderungsanträge, die Worte „und finanzpolitische“ zu streichen, lehnen wir ausdrücklich ab (z.B. Hellenisches Parlament).

„INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZ FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE UND FINANZIELLE STEUERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION“

Begründung:

Das litauische Parlament schlug bei der ersten Artikel-13-Konferenz die Bezeichnung „Interparlamentarische Konferenz für die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung der Europäischen Union“ vor, was von den Konferenzteilnehmern gebilligt wurde.

Die Rechtsgrundlage zu der Einrichtung der Konferenz ist Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion ("Fiskalvertrag"). Mit seiner Unterzeichnung haben sich 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, einheitliche und dauerhaft verbindliche Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen, vorzugsweise auf Verfassungsebene, aufzunehmen. Aus Sicht des Deutschen Bundestages wäre es nicht nachvollziehbar, wenn im Rahmen der Artikel-13-Konferenz nur Fragen der wirtschaftspolitischen Koordinierung behandelt würden. Um die thematische Breite der Konferenz zum Ausdruck zu bringen, soll daher „und finanzpolitische“ in der Überschrift enthalten sein.

Amendment No. 1:

The title of the conference shall not be modified. We firmly oppose amendments to delete the words “and financial” (e.g. Hellenic Parliament).

“RULES OF PROCEDURE OF THE INTERPARLIAMENTARY CONFERENCE ON ECONOMIC AND FINANCIAL GOVERNANCE OF THE EUROPEAN UNION”

Rationale:

At the first “Article 13 Conference”, the Lithuanian Parliament proposed the title “Interparliamentary Conference on Economic and Financial Governance of the European Union”, which was approved by the conference participants.

The legal basis for the establishment of the Conference is Article 13 of the Treaty on Stability, Coordination and Governance in the Economic and Monetary Union (TSCG). By signing this Treaty, 25 Member States of the European Union have made a commitment to transpose uniform and permanently binding fiscal rules into their national legal systems, preferably in the form of constitutional provisions. In the German Bundestag’s opinion, it would not make sense for the Conference established pursuant to Article 13 to deal solely with issues relating to the coordination of economic policies. The words “and Financial” should therefore be contained in the title to reflect the range of subjects dealt with by the Conference.

Änderungsantrag Nr. 2:

Der dritte Absatz der Präambel wird gestrichen.

„Die Interparlamentarische Konferenz für die WFS wird mit dem Ziel ins Leben gerufen, die demokratische Legitimität und Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftlichen und finanziellen Steuerung der Europäischen Union (EU), insbesondere in der Wirtschafts- und Währungsunion zu verbessern, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament zu stärken und den nationalen Parlamenten in den unter den SKS-Vertrag fallenden Angelegenheiten mehr Gewicht zu verschaffen.“

Begründung:

Der Absatz legt nahe, dass die Konferenz demokratische Legitimation vermittelt. Die Konferenz sollte jedoch nur dem Austausch von Informationen und Meinungen dienen. Demokratische Legitimation stellen die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament auf ihrer jeweiligen Ebene her.

Amendment No. 2:

Delete the third paragraph of the Preamble.

“The Interparliamentary Conference on EFG is established with the aim of improving democratic legitimacy and accountability in the area of economic and financial governance of the European Union (EU), particularly in the Economic and Monetary Union, strengthening cooperation between national Parliaments and the European Parliament, and ensuring a greater role for national Parliaments in matters covered by the TSCG.”

Rationale:

This paragraph implies that the Conference confers democratic legitimacy. However, the Conference is only intended to facilitate an exchange of information and views. Democratic legitimacy is conferred by the national Parliaments and by the European Parliament at their respective levels.

Änderungsantrag Nr. 3:

Der vierte Absatz der Präambel wird gestrichen.

„Die Interparlamentarische Konferenz für die WFS wird im Rahmen der parlamentarischen Dimension der Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union veranstaltet und von dem nationalen Parlament des Mitgliedstaates, das die Präsidentschaft innehat, im Folgenden Präsidentschaftsparlament genannt, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament organisiert.“

Begründung:

Die Ausführungen in diesem Absatz sind an dieser Stelle nicht notwendig und werden unter Punkt 3 konkretisiert.

Amendment No. 3:

Delete the fourth paragraph of the Preamble.

“The Interparliamentary Conference on EFC shall be organised in the framework of the parliamentary dimension of the Presidency of the Council of the EU, undertaken by the national Parliament of the Member State holding the Presidency, hereinafter referred to as the Presidency Parliament, and the European Parliament.”

Rationale:

The information contained in this paragraph is not needed at this point and is fleshed out in Paragraph 3.

Änderungsantrag Nr. 4:

Punkt 1.1 soll unverändert bleiben. Änderungsanträge, wie die des Hellenischen Parlaments, lehnen wir ausdrücklich ab.

“1.1 Die Interparlamentarische Konferenz für die WFS bietet einen Rahmen für Debatte, Informationsaustausch und vorbildliche Verfahren zu Fragen der wirtschaftlichen und finanziellen Steuerung der EU und konzentriert sich speziell auf die unter den Fiskalvertrag fallenden Haushaltsangelegenheiten und -verfahren, ohne die Zuständigkeiten der EU-Parlamente zu präjudizieren.“

Begründung:

Die bisher vorgeschlagene Fassung soll beibehalten werden. Der Punkt bringt zum Ausdruck, dass die Konferenz dem Austausch von Informationen und Meinungen dient. Demokratische Legitimation stellen die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament auf ihrer jeweiligen Ebene her. Außerdem wird der thematische Schwerpunkt des Fiskalvertrags herausgestellt.

Amendment No. 4:

Point 1.1 shall not be modified. We firmly oppose amendments, like the one submitted by the Hellenic Parliament, to change the wording.

“1.1 The Interparliamentary Conference on EFG shall provide a framework for debate and exchange of information and best practices on matters of economic and financial governance of the EU and shall maintain a special focus on the budgetary issues and procedures covered by the TSCG, without prejudicing the competences of the EU Parliaments.”

Rationale:

The original wording should be kept. This paragraph indicates that the Conference is intended to facilitate an exchange of information and views. Democratic legitimacy is conferred by the national Parliaments and by the European Parliament at their respective levels. In addition, this paragraph emphasises that the focus is on the TSCG.

Änderungsantrag Nr. 5:

Punkt 1.3 wird gestrichen.

~~„1.3 Die Interparlamentarische Konferenz für die WFS kann entsprechend den in Artikel 7 der vorliegenden Geschäftsordnung festgelegten Verfahren Schlussfolgerungen zu Themen in Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Steuerung der EU, insbesondere die unter den SKS-Vertrag fallenden Haushaltsfragen, verabschieden. Die Schlussfolgerungen sind für die nationalen Parlamente oder das Europäische Parlament nicht verbindlich und haben keine präjudizierende Wirkung im Hinblick auf ihre Standpunkte.“~~

Begründung:

Die Art. 13-Konferenz sollte keine Schlussfolgerungen verabschieden. Die deutsche Delegation hat sowohl in Vilnius, wie auch zuletzt in Brüssel argumentiert, dass die Konferenz zuvorderst dem interparlamentarischen Meinungs austausch dienen soll. Allenfalls könnte die jeweilige Präsidentschaft aus Ihrer Sicht eine Zusammenfassung der Konferenzbeiträge veröffentlichen (sog. „Presidency conclusions“).

Amendment No. 5:

Delete Paragraph 1.3.

~~“1.3 The Interparliamentary Conference on EFG may, in accordance with the procedures laid down in Article 7 of these Rules of Procedure, adopt Conclusions on matters related to economic and financial governance of the EU, particularly the budgetary matters covered by the TSCG. The Conclusions shall not bind national Parliaments or the European Parliament and shall not prejudge their positions.”~~

Rationale:

The Conference should not adopt Conclusions. The German delegation argued both in Vilnius and recently in Brussels that the Conference is primarily intended to facilitate an exchange of views between parliaments. At most, the Parliament holding the Presidency could publish a summary of the Conference’s discussions, from its perspective (“Presidency conclusions”).

Änderungsantrag Nr. 6:

In Punkt 3.1 ist nach dem zweiten Satz folgender Satz einzufügen: „Sie findet in einem von anderen Veranstaltungen abgegrenzten Format statt.“

„3.1 Zeitpunkt und Ort der Konferenzen

Die Interparlamentarische Konferenz für die WFS tritt zwei Mal jährlich zusammen. Sie wird mit dem Zyklus des Europäischen Semesters koordiniert. Im ersten Semester jedes Jahres findet die Konferenz in Brüssel statt und wird unter dem gemeinsamen Vorsitz des Präsidenschaftsparlaments und des Europäischen Parlaments gemeinsam ausgerichtet. **Sie findet in einem von anderen Veranstaltungen abgegrenzten Format statt.** Im zweiten Semester jedes Jahres findet die Konferenz in dem Mitgliedstaat statt, der die Präsidentschaft innehat; den Vorsitz führt das Präsidenschaftsparlament. Das Datum der nächsten Konferenz wird spätestens bei der vorherigen Konferenz festgelegt und verkündet.“

Begründung:

Die deutsche Delegation befürwortet eine stärkere Wahrnehmbarkeit und Eigenständigkeit der Konferenz, wenn sie im ersten Halbjahr eines Jahres im Umfeld der Europäischen Parlamentarischen Woche zum Europäischen Semester stattfindet.

Amendment No. 6

In paragraph 3.1 add after the second sentence the words “***It shall be clearly distinguishable from other parallel events.***”

“3.1 Time and place of the meetings

The Interparliamentary Conference on EFG shall convene twice a year. It shall be coordinated with the cycle of the European Semester. In the first semester of each year, it shall be held in Brussels and will be co-hosted and co-presided over by the Presidency Parliament and the European Parliament. ***It shall be clearly distinguishable from other parallel events.*** In the second semester of each year, it shall be held in the Member State holding the Presidency and pre-sided over by the Presidency Parliament. The date of the next meeting shall be fixed and announced by the date of the preceding meeting at the latest.”

Rationale:

The German delegation is in favour of the Conference having a more visible and autonomous profile if, in the first semester of the year, it is held in close proximity to the European Parliamentary Week on the European Semester.

Änderungsantrag Nr. 7:

In Punkt 3.2 ist der letzte Satz zu streichen.

„3.2 Präsidentschaftstroika

Die Präsidentschaftstroika der Interparlamentarischen Konferenz für die WFS besteht aus den Delegationen der nationalen Parlamente der Präsidentschaft, der vorhergehenden Präsidentschaft, der nächsten Präsidentschaft und des Europäischen Parlaments. *Jede Delegation umfasst höchstens vier Parlamentsabgeordnete.*“

Begründung:

Die EU PPK hat am 23. April 2013 in Nikosia in Punkt 8 festgehalten, dass die Entscheidung über die Zusammensetzung und Größe jeder Delegation bei jedem einzelmem Parlament liegt.

Amendment No. 7:

Delete the final sentence of paragraph 3.2.

“3.2 Presidential Troika

The Presidential Troika of the Interparliamentary Conference on EFG consists of the delegations of the national Parliaments of the Presidency, the preceding Presidency, the following Presidency, and the European Parliament. *Each delegation consists of a maximum of four Members of its Parliament.*”

Rationale:

The Conference of Speakers agreed in Paragraph 8 of the Conclusions of its meeting in Nicosia on 23 April 2013 that the decision on the composition and size of each delegation would rest with each individual Parliament.

Änderungsantrag Nr. 8

Punkt 3.7 wird vollständig gestrichen.

„3.7 Beschlussfassung

Grundsätzlich bemüht sich die Interparlamentarischen Konferenz für die WFS darum, Beschlüsse, einschließlich über die Verabschiedung der Schlussfolgerungen, im Konsensverfahren zu treffen. Ist dies nicht möglich, werden die Beschlüsse mit der qualifizierten Mehrheit von mindestens drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefasst. Die Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen muss gleichzeitig mindestens der Hälfte aller Stimmen entsprechen. Jedes Parlament hat zwei Stimmen. Im Falle eines Zweikammersystems hat jede Kammer eine Stimme.“

Begründung:

Die Konferenz wird von der deutschen Delegation als Forum des Meinungs- und Erfahrungsaustausches gesehen. Allgemeine Regelungen zur Beschlussfassung sind daher nicht erforderlich. Über das Zustandekommen von Schlussfolgerungen wird auf die zu Punkt 1.3 gemachten Änderungsanträge verwiesen.

Amendment No. 8:

Delete paragraph 3.7.

„3.7 Voting

In general the Interparliamentary Conference on EFG shall seek to take decisions, including on the adoption of the Conclusions, by consensus. If this is not possible, decisions shall be taken with a qualified majority of at least 3/4 of the votes cast. The majority of 3/4 of the votes cast must at the same time constitute at least half of all votes. Each Parliament has two votes. In the case of bicameral Parliaments, each Chamber is given one vote.”

Rationale:

The German delegation regards the Conference as a forum for an exchange of views and experience. General provisions on decision-making processes are therefore unnecessary. Regarding the adoption of Conclusions, please see the proposed amendments to Paragraph 1.3.

Änderungsantrag Nr. 9:

In Punkt 4.1 ist der letzte Satz zu streichen. Änderungsanträge, die Größe der Delegationen zu beschränken, lehnen wir hingegen ausdrücklich ab (z.B. Hellenisches Parlament).

„4.1 Mitglieder

Die Interparlamentarische Konferenz für die WFS besteht aus den Delegationen der zuständigen Ausschüsse der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments. Die Zusammensetzung und Größe der Delegationen werden von jedem Parlament festgelegt. ~~Das gastgebende Parlament bzw. die gastgebenden Parlamente können aus haushaltstechnischen Gründen oder aufgrund begrenzter Räumlichkeiten eine optimale Delegationsgröße vorschlagen.“~~

Begründung:

Die Streichung entspricht dem auf der Konferenz der EU PPK am 23. April 2013 in Nikosia in Punkt 8 gefassten Grundsatzbeschluss, wonach keine Beschränkung der Delegationsgröße bestehen soll. Wir sind der Meinung, dass die Entscheidung über die Zusammensetzung und Größe jeder Delegation bei jedem einzelmem Parlament liegen soll. Jegliche Beschränkung der Delegationsgröße lehnen wir deshalb ab.

Amendment No. 9:

Delete the final sentence of paragraph 4.1.

“4.1 Members

The Interparliamentary Conference on EFG is com-posed of delegations from the relevant committees of the national Parliaments of the EU Members States and the European Parliament. The composition and size of delegations shall be determined by each Parliament. ~~The hosting Parliament(s) may, for budgetary or limited facilities reasons, suggest an optimal delegation size.”~~

Rationale:

This deletion reflects the fundamental decision taken by the Conference of Speakers in Nicosia on 23 April 2013, enshrined in Paragraph 8 of the Conclusions, that no limits would be placed on the size of the delegations. In our view, the decision on the composition and size of each delegation should rest with each individual Parliament. We therefore oppose any limit on the size of delegations.

Änderungsantrag Nr. 10:

In Punkt 5.4 ist nach „Beginn jeder Konferenz“ das Wort „einvernehmlich“ einzufügen.

„5.4 Die Interparlamentarische Konferenz für die WFS beschließt zu Beginn jeder Konferenz **einvernehmlich** die endgültige Tagesordnung.“

Begründung:

Die Verabschiedung der Tagesordnung für die Konferenz sollte im Konsens aller Teilnehmer erfolgen.

Amendment No. 10:

In paragraph 5.4 add “by consensus” after “Interparliamentary Conference on EFG”.

“5.4 The decision on the final agenda shall be made by the Interparliamentary Conference on EFG **by consensus** at the beginning of every meeting.”

Rationale:

A consensus among all participants should be required for the adoption of the Conference’s agenda.

Änderungsantrag Nr. 11:

In Punkt 6.1 ist „Englisch und Französisch“ zu streichen und durch „Englisch, Französisch und Deutsch“ zu ersetzen.

„6.1 Die Arbeitssprachen der Interparlamentarischen Konferenz für die WFS sind ~~Englisch und Französisch~~ **Englisch, Französisch und Deutsch.**“

Begründung:

Analog zum Sprachenregime verschiedener europäischer Einrichtungen sollte Deutsch neben Englisch und Französisch gleichberechtigte Arbeitssprache der Konferenz sein. Deutsch ist Muttersprache von knapp 20 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger und damit meistgesprochene Muttersprache in der EU.

Amendment No. 11:

In paragraph 6.1 replace “English and French” by “English, French and German”.

“6.1 The working languages of the Interparliamentary Conference on EFG shall be ~~English and French~~ **English, French and German.**”

Rationale:

In line with the language regime of various European institutions, German should rank equally alongside English and French as one of the working languages of the Conference. German is the mother tongue of nearly 20 per cent of EU citizens and thus the language with the most native speakers in the EU.

Änderungsantrag Nr. 12:

In Punkt 6.2 ist „Englische und Französische“ zu streichen und durch „Englische, Französische und Deutsche“ zu ersetzen (vgl. Punkt 6.1).

„6.2 Das gastgebende Parlament bzw. die gastgebenden Parlamente stellen eine Simultanverdolmetschung ins ~~Englische und Französische~~ **Englische, Französische und Deutsche** und aus diesen Sprachen sowie aus der Sprache und in die Sprache des Präsidenschaftsstaates zur Verfügung. Eine Simultanverdolmetschung in weitere Sprachen kann bereitgestellt werden, sofern dies gewünscht und technisch möglich ist. Die Kosten hierfür würde die betreffende nationale Delegation oder das Europäische Parlament tragen.“

Begründung:

Analog zum Sprachenregime verschiedener europäischer Einrichtungen sollte Deutsch neben Englisch und Französisch gleichberechtigte Arbeitssprache der Konferenz sein. Deutsch ist Muttersprache von knapp 20 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger und damit meistgesprochene Muttersprache in der EU.

Amendment No. 12:

In paragraph 6.2 replace “English and French” by “English, French and German” (see par. 6.1).

“6.2 Simultaneous interpretation from and into ~~English and French~~ **English, French and German**, as well as from and into the language of the Presidency Member State shall be provided by the host Parliament(s). Simultaneous interpretation into additional languages may be provided if requested and if technically possible and its costs would be borne by the relevant national delegation or the European Parliament.”

Rationale:

In line with the language regime of various European institutions, German should rank equally alongside English and French as one of the working languages of the Conference. German is the mother tongue of nearly 20 per cent of EU citizens and thus the language with the most native speakers in the EU.

Änderungsantrag Nr. 13:

In Punkt 6.3 ist „englischer und französischer“ zu streichen und durch „englischer, französischer und deutscher“ zu ersetzen (vgl. Punkt 6.1).

„6.3 Die Dokumente der Interparlamentarischen Konferenz für die WFS werden den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament in ~~englischer und französischer~~ **englischer, französischer und deutscher** Sprache übermittelt.“

Begründung:

Analog zum Sprachenregime verschiedener europäischer Einrichtungen sollte Deutsch neben Englisch und Französisch gleichberechtigte Arbeitssprache der Konferenz sein. Deutsch ist Muttersprache von knapp 20 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger und damit meistgesprochene Muttersprache in der EU.

Amendment No. 13:

In paragraph 6.3 replace “English and French” by “English, French and German” (see par. 6.1).

“6.3 Documents of the Interparliamentary Conference on EFG shall be communicated to national Parliaments and the European Parliament in ~~English and French~~ **English, French and German.**”

Rationale:

In line with the language regime of various European institutions, German should rank equally alongside English and French as one of the working languages of the Conference. German is the mother tongue of nearly 20 per cent of EU citizens and thus the language with the most native speakers in the EU.

Änderungsantrag Nr. 14:

In Punkt 6.4 ist „englischer und französischer“ zu streichen und durch „englischer, französischer und deutscher“ zu ersetzen (vgl. Punkt 6.1).

„6.4 Die Schlussfolgerungen der Interparlamentarischen Konferenz für die WFS werden in einem einzigen Original in ~~englischer und französischer~~ **englischer, französischer und deutscher** Sprache erstellt. Jede dieser Fassungen ist gleichermaßen verbindlich.“

Begründung:

Analog zum Sprachenregime verschiedener europäischer Einrichtungen sollte Deutsch neben Englisch und Französisch gleichberechtigte Arbeitssprache der Konferenz sein. Deutsch ist Muttersprache von knapp 20 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger und damit meistgesprochene Muttersprache in der EU.

Amendment No. 14:

In paragraph 6.4 replace “English and French” by “English, French and German” (see par. 6.1).

“6.4 The Conclusions of the Interparliamentary Conference on EFG shall be drawn up in a single original in ~~English and French~~ **English, French and German**, each of these texts being equally authentic.”

Rationale:

In line with the language regime of various European institutions, German should rank equally alongside English and French as one of the working languages of the Conference. German is the mother tongue of nearly 20 per cent of EU citizens and thus the language with the most native speakers in the EU.

Änderungsantrag Nr. 15:

Punkt 7.1 ist wie folgt zu fassen:

„7.1 ~~Die~~ **Der gastgebende Vorsitz der** Interparlamentarischen Konferenz für die WFS kann nichtverbindliche Schlussfolgerungen, **die die Ergebnisse der Konferenz zusammenfassen, in eigener Verantwortung zu Angelegenheiten der wirtschaftlichen und finanziellen Steuerung auf der Tagesordnung der Konferenz verabschieden veröffentlichen.**“

Begründung:

Die Konferenz ist nach Ansicht der deutschen Delegation ein Forum des interparlamentarischen Meinungs- und Erfahrungsaustausches. Schlussfolgerungen, die als politische Äußerung angesehen werden können, werden daher von der deutschen Delegation abgelehnt. Jedoch kann der jeweilig gastgebende Vorsitz die Ergebnisse der Konferenz in eigener Verantwortung zusammenfassen und veröffentlichen.

Amendment No. 15:

Paragraph 7.1 should be formulated as follows:

“7.1. The **presiding Parliament(s) of the** Interparliamentary Conference on EFG may ~~adopt~~ **publish** non-binding Conclusions ~~on matters of economic and financial governance of the EU related to the agenda of the meeting~~ **on the outcome of the meeting.**”

Rationale:

The German delegation regards the Conference as a forum for parliaments to share views and experience. The German delegation is therefore opposed to Conclusions which could be viewed as a political statement. However, the presiding Parliament could, on its own responsibility, summarise the outcome of the meeting and publish this summary.

Änderungsantrag Nr. 16

Punkt 7.2 ist wie folgt zu fassen (vgl. Punkt 7.1 und 6.1):

„7.2 Der Entwurf der **Präsidentschafts**schlussfolgerungen der Interparlamentarischen Konferenz für die WFS wird von dem Vorsitz führenden Parlament bzw. von den Vorsitz führenden Parlamenten in enger Zusammenarbeit mit der Präsidentschaftstroika in englischer, ~~und~~ französischer **und deutscher** Sprache erstellt und allen Delegationen so rechtzeitig vor der entsprechenden Konferenz zugeleitet, dass ~~Änderungsanträge~~ **Änderungsvorschläge** erwogen und vorgelegt werden können.“

Begründung:

Analog zum Sprachenregime verschiedener europäischer Einrichtungen sollte Deutsch neben Englisch und Französisch gleichberechtigte Arbeitssprache der Konferenz sein. Deutsch ist Muttersprache von knapp 20 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger und damit meistgesprochene Muttersprache in der EU. Da es sich um Schlussfolgerungen der Präsidentschaft handeln soll, können hierzu unverbindliche Änderungsvorschläge der Delegationen unterbreitet werden.

Amendment No. 16:

Paragraph 7.2 should be formed as follows (see par. 7.1 and 6.1):

“7.2 Draft **Presidency** Conclusions of the Interparliamentary Conference on EFG shall be drawn up by the presiding Parliament(s) in English, ~~and~~ French **and German**, in close cooperation with the Presidential Troika, and communicated to all delegations before the relevant meeting in a reasonable time for any **proposed** amendments to be considered and submitted.”

Rationale:

In line with the language regime of various European institutions, German should rank equally alongside English and French as one of the working languages of the Conference. German is the mother tongue of nearly 20 per cent of EU citizens and thus the language with the most native speakers in the EU. As the conclusions should be Presidency Conclusions, the delegations could submit non-binding proposed amendments.

Änderungsantrag Nr. 17:

Punkt 7.3 ist wie folgt zu fassen (vgl. Punkt 7.1 und 6.1):

„7.3 Nach ~~Verabschiedung~~ **Veröffentlichung** der **Präsidentschafts**schlussfolgerungen leiten das Vorsitz führende Parlament bzw. die Vorsitz führenden Parlamente den endgültigen Text in englischer, ~~und~~ französischer **und deutscher** Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen verbindlich ist, allen Delegationen, den Präsidenten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, den Präsidenten des Rates und der Kommission und dem Mitglied bzw. den Mitgliedern der Europäischen Kommission, die für Wirtschafts- und Währungsfragen zuständig sind, zur Kenntnisnahme zu.“

Begründung:

Analog zum Sprachenregime verschiedener europäischer Einrichtungen sollte Deutsch neben Englisch und Französisch gleichberechtigte Arbeitssprache der Konferenz sein. Deutsch ist Muttersprache von knapp 20 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger und damit meistgesprochene Muttersprache in der EU.

Amendment No. 17:

Paragraph 7.3 should be formed as follows (see par. 7.1 and 6.1):

“7.3 Once the **Presidency** Conclusions have been ~~adopted~~ **published**, the presiding Parliament(s) shall communicate the final texts in English, ~~and~~ French **and German**, each of these texts being equally authentic, to all delegations, to the Presidents of national Parliaments and of the European Parliament, to the Presidents of the European Council and the European Commission, and Member(s) of the European Commission responsible for economic and monetary affairs, for their information.”

Rationale:

In line with the language regime of various European institutions, German should rank equally alongside English and French as one of the working languages of the Conference. German is the mother tongue of nearly 20 per cent of EU citizens and thus the language with the most native speakers in the EU.

Änderungsantrag Nr. 18:

In Punkt 8.2 ist vor „Beschlussfassung“ das Wort „einvernehmliche“ einzufügen.

„8.2 Bei allen Änderungsanträgen bezüglich der Geschäftsordnung, die von Delegationen der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments eingereicht werden können, erfolgt die **einvernehmliche** Beschlussfassung durch die Interparlamentarische Konferenz für die WFS; die Änderungsanträge müssen dem von der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union festgelegten Rahmen entsprechen.“

Begründung:

Die Beschlussfassung über als auch Änderungen der Geschäftsordnung können nur im Konsens aller Delegationen erfolgen.

Amendment No. 18:

In paragraph 8.2 add “by consensus” after “shall be subject to a decision”.

“8.2 Any amendments, which the delegations of national Parliaments or the European Parliament may propose to the Rules of Procedure, shall be subject to a decision **by consensus** by the Interparliamentary Conference on EFG, and must be in accordance with the framework set by the Conference of Speakers of the EU Parliaments.”

Rationale:

A consensus among all delegations is required for the decision on and for amendments to the Rules of Procedure.